

Wir sollten mit Erdogan über unser Recht sprechen



Die türkische Regierung will auf Schweizer Boden eine Kampagne führen. Das muss der Bundesrat nicht dulden



Paul Widmer

Endlich hat der Bundesrat das getan, was er schon vor zwei Wochen hätte tun sollen: In seiner Unterredung vom 23. März hat Aussenminister Didier Burkhalter seinen türkischen Kollegen Mevlüt Cavusoglu ermahnt, bei Auftritten in der Schweiz unser nationales Recht einzuhalten. Als die Regierung des Kantons Zürich einen Auftritt von Cavusoglu aus Sorge um die innere Sicherheit verbieten wollte, tönte es noch anders. Damals meinte der Bundesrat, ein Auftritt würde die Sicherheit nicht dermassen gefährden, als dass man ein Verbot erlassen müsse. Die Meinungsfreiheit gehe vor. Kein Wort vom nationalen Recht.

Die Meinungsfreiheit ist zweifellos ein hohes Gut. Doch geht es in dieser leidigen Sache hauptsächlich darum? Nein. Wir Schweizer wissen ebenso gut wie der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, worum es geht: um eine politische Kampagne. Jeder Türke darf in der Schweiz seine Meinung frei äussern. Aber kein Staat muss die Agitation einer fremden Staatsmacht auf

seinem öffentlichen Grund dulden. Genau darum jedoch geht es Präsident Erdogan. Er versucht, seine autoritären Vorstellungen auch in den westeuropäischen Staaten durchzusetzen. Dazu sollten wir nicht Hand bieten. Wir sind dazu weder national noch international verpflichtet.

Das diplomatische Recht ist klar. Der Grundsatz lautet: Ein souveräner Staat mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates ein. Das gilt für die Türkei, das gilt für die Schweiz. Ein Staat darf nach eigenem Gutdünken die Einreise von Regierungsmitgliedern und Diplomaten regeln. Will er einen öffentlichen Auftritt eines ausländischen Politikers verbieten, muss er dies nicht begründen. Überdies sind Personen mit Diplomatenstatus verpflichtet, die Gesetze des Gaststaats zu beachten.

Burkhalter streicht allerdings selten die souveränen Rechte der Schweiz hervor. Er weicht lieber in die Sphäre von «gemeinsamen Werten» aus. Das ist in der Diplomatie, wo man das Verbindende betonen soll, auch angebracht. Aber was sind eigentlich unsere gemeinsamen Werte? Gender-Fragen? Im Christentum verankerte Werte? Oder die westlichen Demokratievorstellungen? Die traurige Wahrheit ist: Es gibt wenig Übereinstimmung. Jeder versteht darunter, was er will. So ist es häufig eine Ausflucht, wenn Politiker von Werten sprechen. Sie drücken sich um konkrete Stellungnahmen. Kein Staat kann seinen Bürgern ein Bekenntnis



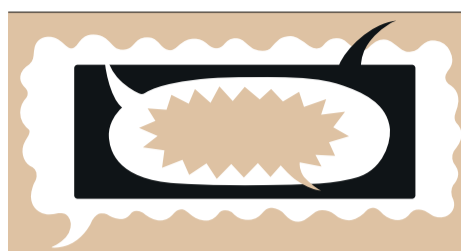
Burkhalter streicht selten die souveränen Rechte der Schweiz hervor. Er weicht lieber in die Sphäre von «gemeinsamen Werten» aus.

zu «gemeinsamen Werten» abverlangen. Aber er kann sehr wohl die Einhaltung der Rechtsordnung einfordern. Das reicht. Es ist das Recht, das in einem Rechtsstaat den Werten Geltung verschafft. Im internationalen Verkehr ist es etwas schwieriger. Aber die Ansätze sind ähnlich. Im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen steht nichts von Werten, aber einiges zu Rechten und Pflichten.

Legen wir den Finger somit auf das, worauf es ankommt: auf das konkrete Recht. Das heisst: Der Bundesrat muss verhindern, dass ein anderer Staat mit amtlicher Unterstützung seine innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Schweiz austrägt, die eigenen Landsleute aufwiegelt, bedroht und ausspioniert - und dass umgekehrt auf Schweizer Boden zu Gewalt gegen ausländische Staatsoberhäupter aufgerufen wird. Letzteres ist an der Demonstration in Bern passiert. Der Bundesrat muss der Türkei versichern, dass er solches nicht toleriert und die Täter aus linksautonomen Kreisen zur Verantwortung zieht. Sprechen wir mit Erdogan über unser Recht. Das führt, wenn überhaupt möglich, weiter als Werteappelle.

PS: Wie lange will man eigentlich die Kravalle der Reitschule noch tolerieren, wenn Chaoten aus deren Umfeld nun auch die internationalen Beziehungen vergiften?

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Showdown
Stefan Bühler

Irgendwie ist einiges schiefgegangen, als Elizabeth II. ihn zum Ritter schlug: Zuerst streifte sie mit dem Schwert das linke Ohr, dann knallte sie ihm die schwere Waffe auf die rechte Schulter - der betagten Queen waren mitten in der Zeremonie die Kräfte ausgegangen. Deshalb wirkte Ueli Maurer leicht angeschlagen, als er sich am Freitag im «Bären» im unteren Gürbetal zu uns an den Stammtisch setzte. Am Ohr klebte ein Wundpflaster, eine Schlinge stützte die Schulter.

Die Ereignisse hatten sich in den Tagen zuvor überschlagen. Ohne sich viel dabei zu denken, hatte der Finanzminister der «Financial Times» ein Interview gewährt - und dabei genau jene Worte gefunden, auf welche die zutiefst verunsicherte britische Nation seit ihrem Entscheid für den Brexit gewartet hatte: Das Vereinigte Königreich könne sich ausserhalb der EU «sehr positiv entwickeln», sprach Maurer den Briten Mut zu. Und er stellte ihnen sogar eine starke Partnerschaft mit der Eidgenossenschaft in Aussicht! Seit der Kapitulation Hitlerdeutschlands war in London keine derartige Erleichterung mehr spürbar gewesen - spontan erhob die Queen Maurer in den Adelsstand.

Und so stiessen wir denn im «Bären» gerade auf unseren Ritter Ueli an, als das Telefon läutete. Jean-Claude Juncker war am Apparat, er verlangte nach Maurer. Auch er war hell begeistert vom Interview in der «Financial Times»: «Ihr Ratschlag, die EU müsse ihren Mitgliedsstaaten bei der Personenfreizügigkeit mehr Freiheiten einräumen, ist genial! Darauf wären wir selber nie gekommen. Ich verleihe Ihnen unsere höchste Auszeichnung, den Brüsseler Ehrenparagrafen mit dem blau-goldenen Sternenband - Sie sind der Retter der Europäischen Union!»

Spätestens jetzt dämmerte es Sir Ueli, warum ihm Christoph Blocher stets eingebleut hat, dass man sich aus fremden Angelegenheiten heraushalten sollte.

Medienkritik

Dürfen Journalisten Tattoos zeigen?



Chanchal Biswas

Über unserer Kollegin Bettina Bestgen - sie arbeitet beim Jugendradio SRF Virus - ist diese Woche der perfekte Sturm niedergegangen. Sie hatte am 24. März bei der Verleihung des Schweizer Filmpreises Kulturminister Alain Berset für die Promi-Sendung «Glanz und Gloria» interviewt. Der Stein des Anstosses: Das kleine schwarze Kleid brachte ihre Tätowierungen - darunter ein velofahrendes Skelett - gut zur Geltung. Zu gut und ein No-Go im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, befand ein TV-Kritiker in einem vielbeachteten Online-Beitrag. Seither tobt ein Streit in den Medien. Darf man mit tätowierten Armen einen Magistraten interviewen?

Wir haben eine Meinung zu diesem Thema, sind aber der Überzeugung, dass der Fall Bestgen den Blick auf das wahre Problem verstellt: Journalisten und ihr Kleidungsstil. «NZZ am Sonntag»-Stilpapst Jeroen van Rooijen hat anlässlich des 10. Geburtstages dieser Zeitung ein Fazit gezogen, das heute noch Gültigkeit hat. Modebewusstsein zähle nicht zu den primären Tugenden der Journalisten, lautete die Einschätzung unseres Kollegen. Keiner



Modebewusstsein zählt leider nicht zu den primären Tugenden der Journalisten.

kam gut weg, denn wir erleben tatsächlich viele Stilsünden. Kollegen, die im T-Shirt zum Grossbank-Chef gehen. Produzenten, die tagein, tagaus die gleichen Turnschuhe tragen. Redaktoren, die ihre liebste Outdoor-Jacke auch auf der Presstribüne des Ständeratssaals nicht ablegen.

Wir haben uns oft gefragt, warum unser Berufsstand so wenig Wert auf gute Kleidung legt. Vielleicht weil wir etwas Wichtiges signalisieren wollen? Wir sind unabhängig, wir sind unbestechlich, wir sind nicht Teil des Establishments, wir sind die vierte Gewalt. Wenn man sich wie ein Banker anzieht, kann man ja gleich zur Bank arbeiten gehen. Dass sich diese Haltung vorab in der publizistischen Arbeit und nicht in schludrigem Auftreten spiegeln sollte, übersehen wir dabei gern.

Vor diesem Hintergrund gilt es die Ausgangsfrage anzupassen: Hat es Stil, wenn eine Moderatorin beim Interview mit dem Bundesrat ihre Tattoos präsentiert?

Ja, wenn das Setting stimmt. Im Bundesratszimmer trägt Frau selbstverständlich etwas Formelleres, zur Gala kommt sie im Abendkleid. Bestgen hat also alles richtig gemacht, finden wir, zumal der sonst so stilsichere Kulturminister einen Fauxpas beging. Der Dresscode bei der Preisverleihung lautete «Black Tie», Smoking mit schwarzer, selbstgebundener Fliege, Berset aber trug Anzug mit Krawatte.

Deshalb bekommt Bestgen von uns die höhere Stilnote als Berset. Ihre Moderation selbst - es war der erste TV-Ausseneinsatz der Kollegin - fanden wir übrigens gut.

Grenzerfahrung

Kanton der Übertreibungen



Barbara Hofmann

Aus Tessiner Sicht sind die Grenzgänger Sündenböcke. Ihnen gibt man häufig die Schuld an der Schwäche der Tessiner Wirtschaft. Die Nerven liegen deshalb ziemlich blank. Allein die Anstellung eines Chefarztes aus Italien durch die kantonale Spitalorganisation füllt halbe Zeitungseiten. Der Mann hat alle Qualifikationen. Sein einziger Makel: Er überquert täglich die Schweizer Grenze, um zur Arbeit zu kommen. Nach wie vor ist mehr als jeder vierte Arbeitnehmer im Tessin ein Grenzgänger - das sind über 62.200 Personen. In der Tessiner Bevölkerung gibt es deswegen immer wieder Klagen über Lohndumping, Verkehrsprobleme und Luftverschmutzung. Ende September 2016 machte das Stimmvolk seinem Ärger an der Urne Luft, indem es deutlich Ja sagte zu einer Initiative für einen kantonalen Inländervorrang. Doch wie nun eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts IRE ergab, überschätzen 77 Prozent den Anteil der Grenzgänger. Vor allem Menschen, die in einem Betrieb arbeiten, in dem die Zahl der Grenzgänger zugenommen hat oder zunimmt, neigen zu einer Überbewertung der tatsächlichen Anzahl *frontalieri*. Die Autoren der Studie stellten

also eine klare Diskrepanz zwischen Realität und gefühlter Wirklichkeit bei der Tessiner Bevölkerung fest. Dies gilt allerdings nicht nur für die Bedeutung der Grenzgänger, sondern auch für die Zahl der Sozialhilfeempfänger, welche die Mehrheit der Befragten ebenfalls überschätzte.

Die politische Orientierung prägt die Sicht der Tessiner. Wer Lega oder SVP wählt, neigt eher dazu, die soziale Situation zu dramatisieren, beispielsweise die Anzahl der Grenzgänger zu überschätzen. Wer den bürgerlichen Parteien oder Links/Grün zugetan ist, hat eine klarere Sicht der Lage. Auch der Medienkonsum spielt eine Rolle: Wer «klassische» Medien wie Tageszeitungen, Radio und Fernsehen konsumiert und sich nicht nur mit Pendlerzeitungen oder dem Lega-Sonntagsblatt «Mattino della Domenica» informiert, schätzt die sozioökonomische Lage des Kantons in der Tendenz besser ein.

Vor gut einem Jahrhundert bezeichnete der verstorbene Schriftsteller Francesco Chiesa das Tessin als «Kanton der Übertreibungen» - «Cantone dell'iperbole». Der feinsinnige und humorvolle Autor beschrieb damit einen Menschenschlag, der die Realität eher dramatisiert. Dieses Stück Tessiner Mentalität tritt sicherlich auch in der IRE-Studie zutage. Dennoch gilt es auch zu bedenken, dass Menschen, die unter sozialem und wirtschaftlichem Druck stehen - oder sich auch nur so fühlen - die Realität nicht nur anders wahrnehmen, sondern auch anders auf sie reagieren.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.